

Bemerkungen zum Dokumentenband Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation.

Siegfried Kuntsche

Hrsg. Historisch-Dokumentarisches Departement des MAA Rußlands und Zentrum für Zeithistorische Studien Potsdam, Bearbeiter G. P. Kynin und J. Laufer, Bd. II: 9. Mai 1945–3. Oktober 1946. Moskau 2000, 879 S. (russisch)

SSSR i germanskij vopros. 1941-1949: Dokumenty iz archiva vnesnej politiki Rossijskoj Federacii v 3-ch t.t. T(om) II: 9 maja 1945 g. - 3 oktjabrja 1949 g. Sost(aviteli) Je. D. Penin, G. P. Kynin i I. Laufer (Istoriko-dokumental'nyj departament MID Rossii, Centr izucenija novejszej istorii v Potsdame. M(oskva), mezdunarodnye otnosenija 2000, 880 str(anic).

Im zeitlichen Abstand von vier Jahren ist nun der zweite Band der auf drei Bände angelegten Dokumentenpublikation zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1941–1949 erschienen. Der Band erwuchs aus der von der Thyssen-Stiftung geförderten Gemeinschaftsarbeit des Historisch-Dokumentarischen Departements des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Wie beim vorangegangenen Band handelt es sich um Dokumente aus dem Ressortarchiv des heutigen Ministeriums, dem Archiv für Außenpolitik (Archiw wneschnej politiki Rossijskoj Federacii=AVPRF) in Moskau.

Nachdem 1968 erstmals Dokumente zur Besatzungspolitik der UdSSR veröffentlicht wurden – vor allem SMAD-Befehle¹ – und in der Glasnost'-Ära zaghaft die Öffnung der Archive für zeithistorische Recherchen begann, kamen seit dem Zusammenbruch der UdSSR zunehmend einzelne Archivadokumente zur Besatzungspolitik an den Tag.² 1998 setzte mit Dokumenten zur Tätigkeit der Propaganda-(Informations-) Abteilung der SMAD und zu den sowjetischen Internierungslagern eine systematische Quellenveröffentlichung ein.³

Der vorliegende Band enthält 169 bis auf sechs erstmals edierte Dokumente. Sie entstammen der Tätigkeit des Volkskommissariats bzw. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (NKID bzw. - russ. - MID) und des Politischen Beraters beim Oberkommandierenden und Obersten Chef der SMAD. Erfreulicherweise treten in der historischen Einführung und in den Sachanmerkungen viele weitere Dokumente des Archivs für Außenpolitik (in einigen Fällen auch anderer zentraler Archive) ins Blickfeld.

Die Masse der Dokumente bezieht sich auf die Deutschlandpolitik der UdSSR im Ganzen. Die Bearbeiter beabsichtigten, die wesentliche Dokumentenüberlieferung in größtmöglicher Vollständigkeit zu erfassen. Konzentrationspunkte sind die Berliner (Potsdamer) Konferenz und die Pariser Konferenz des Rates der Außenminister, der Alliierte Kontrollrat für Deutschland in Berlin, der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß. Neben den Grundfragen der Denazifizierung und Demilitarisie-

rung, der Bildung neuer Verwaltungen und einer Zentralregierung sowie der Vorbereitung eines Friedensvertrags beleuchten die Dokumente eine Fülle von Einzelfragen: Reparationen und Demontagen, interzonale Wirtschaftsbeziehungen, Währungsreform, gemeinsame Verwaltung Berlins, Ost- und Westgrenze, Internationalisierung des Ruhrgebiets, Ausweisung der Deutschen aus den abgetrennten Gebieten.

Die Problemstellungen im Konsens und Dissens der vier Mächte sind seit langem bekannt – vor allem durch amtliche Dokumentenveröffentlichungen und nachfolgend aus zeithistorischen Studien auf der Quellenbasis der westalliierten Archive. Dennoch wird der Zeithistoriker jetzt mit vielen Details überrascht. Der Wert der Publikation wird sich in bezug auf die "große" Politik wahrscheinlich vor allem darin erweisen, daß jetzt Innensichten des Ministers und seiner Stellvertreter, der für Deutschland zuständigen Dritten Europäischen Abteilung des Ministeriums sowie des Politischen Beraters des Chefs der SMAD sichtbar werden. Einschränkend zu bedenken ist, was Bernd Bonwetsch feststellte: "daß das Moskauer Volkskommissariat (ab März 1946 Ministerium) für Auswärtige Angelegenheiten als Apparat weder in den Deutschland als Ganzes noch gar in den allein die SBZ betreffenden Fragen die ausschlaggebende, ja in vielem überhaupt keine Rolle spielte..."⁴

Beim Lesen vieler Dokumente erstaunt, wie von Anfang an Wahrnehmung der Zonenverantwortung und Agieren auf der deutschlandpolitischen Ebene trotz der Potsdamer Abmachung nebeneinander liefen, statt Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln. Beispielsweise wird in der 15-Punkte-Liste des Politischen Beraters vom 23.6.1945 zur Vorbereitung der Berliner Konferenz (Dok.10) die Bodenreform nicht erwähnt, obwohl deren Durchführung in der Ostzone bereits beschlossen war. Punkt 12 rückt nur allgemein "die künftige Wirtschaftsstruktur Deutschlands und die Grundlinien der Wirtschaftspolitik des Kontrollrats" ins Blickfeld. Aus den in die Edition aufgenommenen Dokumenten ist nicht zu erkennen, daß die sowjetzonale Bodenreform – erste Maßnahme des sozialökonomischen Strukturwandels und geradezu der Start des ganzen Prozesses – sowjetischerseits in der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrats eine Rolle gespielt hätte. Vertraute man nicht auf die gerade auf diesem Felde gegebene Chance eines Rahmenkonsenses? Wollte man vollendete Tatsachen schaffen und die Westalliierten zum Nachziehen drängen – möglichst auf der Grundlage des sowjetischen Verständnisses für den Inhalt der in Potsdam festgelegten Demokratisierung Deutschlands? Agierte auch hier die "Furcht vor der Einschränkung der Handlungsfreiheit in der eigenen Zone", die Bernd Bonwetsch aus vielen Dokumenten herausliest?⁵

Neben den skizzierten Dokumentenkomplexen stehen rund 50 Dokumente, die sich auf die innere Entwicklung der SBZ beziehen, darunter 10 Halbmonatsberichte des Politischen Beraters von Anfang März bis Ende August 1946 (warum nur bis zu diesem Zeitpunkt, obwohl der Band die Zeitspanne bis Anfang Oktober umfaßt?). Den Schlüssel für den Dokumentendualismus geben die Bearbeiter dem Leser mit detaillierten institutionsgeschichtlichen Vorbemerkungen in die Hand. Schon am 2.5.1945 wandte sich der Leiter der Dritten Europäischen Abteilung Smirnow von Berlin aus

an den stellvertretenden Außenminister Wyschinskij mit dem Vorschlag, bei der zu bildenden Sowjetischen Militärverwaltung einen Politischen Berater zu berufen. Die Anordnung über die Aufgaben der SMAD vom 6.6. bestimmte die Aufgaben dieses Beraters wie folgt: "Der Politische Berater hat die Pflicht, dem Chef der SMAD Vorschläge und Schlußfolgerungen zu allen Fragen politischen Charakters vorzulegen, darunter auch zu allen außenpolitischen Fragen. Zugleich hat er der Sowjetregierung in Abstimmung mit dem Chef der SMAD Informationen über die Lage in Deutschland und Vorschläge zu allen Fragen zu unterbreiten, für die die SMAD zuständig ist. Der Politische Berater hat die Gesamtleitung der Arbeit der politischen Abteilung, der Abteilung für Volksbildung und der Rechtsabteilung."⁶ Möchte man aus den Memoiren von Semjonow herauslesen,⁷ daß der Politische Berater im Einklang mit dieser Aufgabenstellung eine herausragende Stellung bei der Umsetzung der Deutschland- und Zonenpolitik hatte, so gelangen die Bearbeiter zu anderen Feststellungen. In den Anfangsmonaten schaltete sich der Berater aktiv in die Formierung der Landes- und Provinzialverwaltungen ein, auch in die Vorbereitung der Bodenreform, die Vorbereitung der Potsdamer Konferenz, den Aufbau der Parteien und Organisationen und in die Entwicklung eines Zensursystems zur Sicherung des sowjetischen Einflusses. Dies setzte sich so aber nicht fort. Sokolowskij veranlaßte am 5. 10. die Errichtung einer Propagandaverwaltung in seinem Apparat. Dessen Leiter – S. I. Tjulpanow – saß am längeren Hebel. Die Bearbeiter konstatieren einen sinkenden Einfluß des Politischen Beraters und sehen den Hauptgrund darin, "daß die Leitung der SMAD direkt mit den entsprechenden Organen des ZK der WKP (B) verbunden war und mit diesen die Fragen unmittelbar löste, während der Politische Berater nur mit der Führung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Kontakt treten, sich aber nicht direkt an das ZK der WKP (B) wenden konnte." (22). Fazit: "Das Tätigkeitsfeld der politischen Abteilung wurde auf die Beobachtung der Politik der Westmächte und die Arbeit des Kontrollrats beschränkt. Kontrolle und Führung der deutschen Selbstverwaltungsorgane und der Parteien gingen nicht in das Aufgabengebiet des Politischen Beraters ein" (21). Am 13.2.1946 wurde Sobolew als Politberater abberufen, und die Aufgaben gingen auf Semjonow über, seinen Stellvertreter. Mitte Mai bestätigte ihn schließlich das Politbüro als Politischen Berater. Semjonow gelang eine Arbeitsintensivierung. Die schon erwähnten Informationsberichte zeugen von Vertrautheit mit der ostzonalen Entwicklung und guten Kontakten zu den Parteien.

Am Beispiel der Bodenreform sollen Erkenntnisgewinn und –grenzen beleuchtet werden. Zweifelsohne stellte die Bodenreform bis zum Frühjahr 1946 ein vorrangiges Feld sowjetischer Besatzungspolitik dar. So findet es unsere besondere Aufmerksamkeit, wenn die Bearbeiter konstatieren (35 f.): "Die Bodenreform war ein Gebiet der Deutschlandpolitik der UdSSR, auf die der Politische Berater [und damit das Außenministerium] im ersten Besatzungsjahr den stärksten politischen Einfluß ausüben konnte. Das war das Ergebnis des persönlichen Interesses von Stalin an ihr."(35 f.) Dabei gelangen folgende Aspekte ins Blickfeld: Leitlinien der Bodenreform (Nr. 31 – Schreiben des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Molotow und seines Stell-

vertreter Wyschinskij vom 20.8.1945 an Stalin zur Zusendung der Leitlinien); Anlaufen der Reform (Nr. 39 – Bericht Semjonows vom 28.9.1945); Ausfälle des 2. Vorsitzenden der CDU Schreiber gegen die Reform bei Auftritten in der Provinz Sachsen (Nr. 43 – Schreiben des Chefs der SMA Kotikow an den Politischen Berater beim Obersten Chef der SMAD Sobolew vom 5.10.1945); Passivität bzw. Gegnerschaft seitens der Blockparteien gegenüber der Bodenreform (Nr. 69 – Bericht Semjonows über die Blockparteien vom 21.12.1945; fehlt beim Stichwort Bodenreform im Sachregister); Überprüfung der Landverteilung (Nr. 83 – Bericht Semjonows vom 5.2.1946). Im Informationsbericht Nr. 9 des Politischen Beraters vom 1.8.1946 (Nr. 152) wird über Ausfälle des stellvertretenden Vorsitzenden Lieutenant auf dem LDPD-Parteitag gegen die Bodenreform berichtet, die mit dem Vorschlag verbunden waren, durch einen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Unwirtschaftlichkeit von Neubauernstellen zu begegnen. In den Sachanmerkungen und auch im historischen Einführungstext der Bearbeiter werden weitere fünf Dokumente zur Bodenreform in Exzerpten angeführt oder referiert, darunter ausnahmsweise auch ein Dokument aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF). Hervorzuheben sind ein von Semjonow für Shukow erarbeiteter Maßnahmeplan vom 27.8.1945 (Anm. 96), der Bericht an Wyschinskij vom 31.8.1945 über die Präzisierung des sowjetischen Entwurfs durch die Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Waldaufteilung (Anm. 120) und der SMAD-Befehl Nr. 0121 vom 25.12.1945 zu den Kontrollergebnissen im Land Sachsen (mit der Weisung, Schuldige für Abweichungen vom Bodenreform-Gesetz vor Militärgerichte zu stellen) (Anm. 243).

Das Dokument Nr. 31 stellt ein Schlüsseldokument dar. Nachdem sich Semjonow in seinen Memoiren als jener sowjetische Politiker zu erkennen gab, der konzeptionell die Bodenreform anschoß,⁸ ist das Dokument nun greifbar. Es handelt sich freilich nicht um den Archetypus der Gesetzesakte der fünf Landes- und Provinzialverwaltungen, wie Semjonow ausführt und auch die historische Einführung denken läßt, sondern um die ihm zugrundeliegenden Grundsätze. Der Gesetzentwurf ist leider nicht in die Edition aufgenommen worden.

Was durch die Studie von Norman M. Naimark⁹ am Beispiel eines der grundlegenden antifaschistischen Umgestaltungsprozesse beweiskräftig sichtbar wurde (daß nämlich die These, die sowjetische Besatzungsmacht habe die Entscheidung über sozialökonomische Umgestaltungen den deutschen Antifaschisten überlassen, von Anfang an die Geschichtsforschung in der DDR in die Irre leitete) ist nun auch für die Bodenreform aktenkundig.

Freilich kann nach dem bisherigen Stand der Forschung auch nicht postuliert werden, daß "die Feststellung im Schreiben an Stalin, der Gesetzentwurf [im Dokument selbst ist allerdings vom Bodenreform-Konzept die Rede!] sei gemeinsam mit dem ZK der KPD [im Dokument: "durch das ZK der deutschen Kommunistischen Partei unter Beteiligung unserer Vertreter"] erarbeitet worden, nicht der Wirklichkeit (entspricht)." (37) Die Bearbeiter gründen eine solche Aussage auf zwei Argumente. Erstens fehle der Schlußsatz über die Mitwirkung der KPD in einer Variante des Ent-

wurfs des Begleitschreibens vom 20.8.1945 an Stalin zum Bodenreform-Konzept. Zweitens sei bis heute in der Aktenüberlieferung der KPD kein Beleg aufgetaucht. Ich kann der Argumentation nicht folgen. Wie kann man eine so grundlegende These auf der Variante (die noch nicht einmal charakterisiert wird: vielleicht ein Flüchtigkeitsversehen?) eines Dokumentenentwurfs basieren? Wie kann man die im Detail freilich trügerische Selbstaussage von Semjonow ebenso in den Wind schlagen wie Indizien in den Festlegungsprotokollen des Sekretariats des ZK der KPD (Auftragserteilung an Ulbricht)? Zugute halten muß man den Bearbeitern, daß sie die leider bis heute nur mündlich existierende Überlieferung nicht kennen: eine Selbstaussage des seinerzeitigen Abteilungsleiters Landwirtschaft im KPD-Zentralsekretariat Rudolf Reutter gegenüber dem Zeithistoriker Rolf Stöckigt. Zuzustimmen ist allerdings der These von Laufer – unter Benutzung weiterer, leider in die Edition nicht eingegangener Dokumente – von den „geringen Einflußmöglichkeiten der KPD-Führung“.¹⁰ Es ist evident, daß das Bodenreform-Konzept (Nr. 31) nicht an die konzeptionellen Vorarbeiten der KPD von 1944 für eine Agrarreform anknüpfte und daß sich die Besatzungsmacht im Zusammenwirken mit den deutschen Organen nicht auf Kontrollen und korrigierende Eingriffe beschränkte, sondern den ganzen Prozeß lenkte und leitete – freilich in verdeckter Form.¹¹ Klipp und klar heißt es im Konzept: „Die Organe der SMA wirken an der Durchführung der Reform inoffiziell mit.“ (220) Der schon erwähnte Maßnahmenplan Semjonows für den Chef der SMAD vom 27.8.1945 beinhaltete folglich den Vorschlag, eine Kommission in der SMAD zur Steuerung der Reform zu bilden.

Die weiteren Dokumente spiegeln nur in geringem Maße Tatbestände, die nicht schon aus der Aktenüberlieferung des KPD-Archivs und dem Bestand der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft erkennbar gewesen wären. Jedoch sind sie sehr aufschlußreich für die Sichtweise – für eine mittels Befehlen als Regierung agierende Militärmacht, für Offiziere im Banne stalinistischer Denkschablonen. So stellte Semjonow im Dokument Nr. 39 statt der zu erwartenden generalisierenden Aussage, das bis ins einzelne Dorf repressiv wirkende Besatzungsregime habe den Klassenwiderstand enorm gedämpft, in einem Abschnitt „Verschärfung des Klassenkampfes bei der Landaufteilung“ Einzelfälle hypertrophierend heraus. Bedenken der Landempfänger wurden generell nicht zur Kenntnis genommen. Vorfristige Gutsaufteilungen erschienen als Initiative der Bauern, nicht als Inszenierung. Bei Dokument Nr. 83 ist aufschlußreich, wie mittels Befehlen eine Überprüfung der Bodenreform in Gang gesetzt wurde und direktes Eingreifen Inkonsequenzen und Fehler beseitigte.

Alles in allem ist selbst aus dem Blickwinkel nur eines Segments der gesellschaftlichen Totalität zu konstatieren, daß der vorliegende Dokumentenband die Quellenbasis für eine wahrheitsgetreue Rekonstruktion der Geschehnisse in der SBZ qualitativ erweitert.

Zugleich ist für die Bodenreform – und wohl verallgemeinernd für die Wahrnehmung der obersten Regierungsgewalt durch die UdSSR – festzustellen: Die bisher aus russischen Archiven zugänglichen Dokumente lassen viele Tatbestände, Umbrüche

und Schaltungen im Dunkeln. Warum drängte die sowjetische Seite nicht darauf, in das Potsdamer Abkommen eine Passage über die Bodenreform aufzunehmen? Warum bleibt das schon Ende Juli fertige Bodenreform-Konzept bis zum 20. August liegen, und warum wird eine schon in der ersten Augusthälfte z. B. in Mecklenburg anlaufende Versammlungskampagne plötzlich gestoppt? Welche Beziehungen bestehen zwischen der im Dokument Nr. 39 am 28.9. hypertrophiert dargestellten Verschärfung des Klassenkampfes und der am Folgetag befehlsmäßig anlaufenden Aktion einer generellen Ausweisung der Enteigneten aus ihren Heimatdörfern?

Die aus dem Archiv für Außenpolitik publizierten und referierten Dokumente bestätigen die Erwartung, daß die wichtigste Überlieferung zur Lenkung der Bodenreform in den Akten der SMAD zu suchen ist. Die Rolle von Semjonow bei der konzeptionellen Vorbereitung der Bodenreform erscheint als temporär. Die Steuerung der Bodenreform war höchstwahrscheinlich Sache der vom Politischen Berater vorgeschlagenen ad-hoc-Kommission in der SMAD und damit der fachkompetenten Landwirtschafts-Abteilung.

Was wir bisher über das Agieren der Besatzungsmacht wissen, stellt sich als Stückwerk dar, dessen Grenzen durch deduktive Schlüsse nur hinausgeschoben werden können. So mahnt gerade die jetzt vorliegende Dokumentenpublikation zur Vorsicht bei der Rekonstruktion geschichtlichen Geschehens. Ralf Possekel urteilt in seiner Besprechung mit Recht: "Obwohl inzwischen mehr als 50 Jahre vergangen sind ..., kann nicht für einen einzigen der hier angesprochenen Vorgänge gesagt werden, daß er anhand sowjetischer Quellen in seinen entscheidenden Momenten rekonstruierbar wäre."

Im übrigen stellt sich die Frage: Wird im Archiv für Außenpolitik nicht noch wesentliches zurückgehalten? Die Bearbeiter stellen lakonisch fest: "Alle Akten zur Deutschlandpolitik aus dieser Zeit, deren Geheimhaltungsgrad aufgehoben worden ist [!], wurden durch J. Laufer eingesehen." (89) Ausdrücklich wird auf unchiffrierte Telefonogramme mit Weisungen wie Berichten hingewiesen. Chiffrierte Telegramme konnte aber nur Kynin einsehen und für die Einleitung und die Sachanmerkungen nutzen.

Wo sind z. B. die Aktenvermerke von Semjonow über die Besprechungen mit der KPD-Spitze als Gegenüberlieferung zu den oft nur signalhaften Pieck-Notizen? Die abgedruckten Notizen eines Referenten beim Politischen Berater über ein Gespräch mit dem Mitglied des Zentralsekretariats der KPD Anton Ackermann am 15.12.1945 (Nr. 66) machen jedenfalls das Vorhandensein einer solchen Überlieferungsart wahrscheinlich.

Leider erfahren wir von den Bearbeitern nichts zur Quellenlage und auch nichts zu den Auswahlkriterien.

Die Publikation bietet die Dokumente in chronologischer Folge. Die vorangestellte Übersicht bringt zu jedem Dokument ein Inhaltsregist. Der Abdruck folgt bewährten Grundsätzen. Es werden jeweils Dokumentenart, Absender und Verfasser und die Archivsignatur genannt und Bearbeitungsvermerke wiedergegeben. Im Falle auszugsg-

weiser Wiedergabe wird das Ausgelassene in einer Fußnote oder Sachanmerkung knapp referiert. Auf Besonderheiten der Textformierung wird aufmerksam gemacht.

Ich möchte besonders auf die Bearbeitungsvermerke hinweisen. Sie sind nicht nur quellenkritisch von Wert, weil sie die Genesis des Dokuments dokumentieren. Sie lassen vielfach inhaltliche Schlüsse zu. Auf die von den Bearbeitern sichtbar gemachte große Zeitspanne zwischen Entwurf und Ausfertigung des Bodenreform-Konzepts (Dok. 31) wurde bereits hingewiesen. Der Vermerk "soglasowano" auf dem vorgeschlagenen Maßnahmeplan von Ende August zur Bodenreform (in Anm. 96) signalisiert das Einverständnis des Obersten Chefs der SMAD.

Die ausführlichen behördengeschichtlichen Informationen (14-24) und abgedruckten Strukturschemata für das Ministerium und den Apparat des Politischen Beraters mit Namensnennung der Leiter (91-95) erleichtern das Verstehen des Kompetenzgefüges und der informationellen Beziehungen. Zur Erläuterung der in den Dokumenten wiedergegebenen historischen Tatsachen, aber auch zur Erhellung informationeller Beziehungen haben die Bearbeiter einen detailfreudigen Anmerkungsapparat (102 Seiten!) erarbeitet. Eigentümlich für die vorliegende Dokumentenpublikation ist die ungewöhnlich breite historische Einführung (64 Seiten). Die Bearbeiter bemühen sich, Entscheidungsprozesse mittels einer Vielzahl weiterer Dokumente – wie bereits angemerkt – sichtbar zu machen. Die Zielsetzung, sachthematisch die abgedruckten Dokumente in das Geschichtsbild einzuordnen, wird wohl vor allem für den russischen Leser gedacht sein. Der deutsche Leser dürfte eine solche Lesehilfe angesichts der reichen zeithistorischen Literatur kaum benötigen. Solche Einleitungen laufen überdies Gefahr, die bearbeitete Überlieferung überzuinterpretieren.

Die Dokumente sind durch Sach-, Namens- und geographisches Register (825-872) erschlossen. Das Namensregister gewinnt dadurch, daß die Funktionen der Personen genannt werden, besonderes Gewicht. Beigegeben ist auch ein Verzeichnis der Abkürzungen. Ohne dieses Verzeichnis würde sich der Benutzer heillos im Gestrüpp der Behördenbezeichnungen verirren.

Es bleibt zu wünschen, daß der Dokumentenband bald in deutscher Übersetzung vorliegt und der dritte Band der dreibändigen Edition rasch hinzugefügt wird.

1 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Berlin 1968.

2 Siehe z. B. Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952). In: ZfG 1/2000: 20-49 (mit der Wiedergabe von Gesprächen Stalins mit der SED-Führung aus dem Fonds Litschnoje delo Stalina im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation).

3 Bernd Bonwetsch/Genadij Bordjugow/Norman M. Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Bonn 1998; Sergej Mironenko/Lutz Niethammer u.a.: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950, Berlin 1998.

- 4 Bernd Bonwetsch: Satrapen auf eigenes Risiko. Das sowjetische Außenministerium und die "deutsche Frage" 1945. In: DA 1/2001: 112. Dies bestätigt schließlich auch Jochen Laufer: Was war und wer entschied die deutsche Frage in Moskau? In: DA 2/2001: 289.
- 5 Ebd.: 115 f.
- 6 Von den Bearbeitern zitiert nach der russischsprachigen Version der Dokumentenpublikation "Für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland": 66.
- 7 Wladimir S. Semjonow: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991, Berlin 1995.
- 8 Ders.: 236 ff.
- 9 Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997.
- 10 Jochen Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Arnd Bauerkämper (Hg.): "Junkerland in Bauernhand?", Stuttgart 1996: 30.
- 11 In diesem Sinne ist der Befund meiner nur die deutsche Überlieferung erfassenden Analyse reziprok zu lesen. Siehe Siegfried Kuntsche: Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die SMA bei der Leitung der demokratischen Bodenreform. In: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 12 (1974): 141-182.